

Auf zum letzten Gefecht



Muss sich jetzt selbst verteidigen: Ursula von der Leyen Ende 2018 beim Besuch eines Bundeswehrstützpunkts in Mali Foto: Michael Kappeler/picture alliance

Ab Donnerstag wird es ernst für Ursula von der Leyen im Untersuchungsausschuss zu den teuren Beratungsverträgen im Verteidigungsministerium. Welche Probleme die CDU-Vizechefin sonst noch hat **3**

Kommentar von Pascal Beucker zur BeraterInnenaffäre im Verteidigungsministerium

Von der Leyen hat zu viel Geld

Es passt perfekt zusammen: Am selben Tag, an dem der Untersuchungsausschuss zur BeraterInnenaffäre mit seinen ersten Zeugnissenvernehmungen beginnt, will der Bundestag die Verlängerung von vier Auslandseinsätzen der Bundeswehr beschließen, darunter auch den völlig desaströsen in Afghanistan. Besser lässt sich gar nicht veranschaulichen, dass der deutsche Wehretat viel zu hoch ist. Schon die Millionen, die das Verteidigungsministerium in den vergangenen Jahren nichts-nutzig für externe BeraterInnen rausballerte, sind ein hervorragendes Kürzungsargument. Aber sie sind nichts gegenüber der zweistelligen Milliarden-summe, die die deutsche Beteiligung am fatalen „War on Terror“ der USA in Afghanistan bislang gekostet hat.

Es wäre Zeit, endlich über diese horrende Geldverschwendung zu diskutieren. Die Bundesrepublik hätte längst dem Beispiel

Frankreichs und Kanadas folgen und ihr militärisches Engagement am Hindukusch beenden sollen. Aber auch im 19. Jahr des Afghanistankriegs wird in Deutschland lieber lautstark darüber lamentiert, dass die deutschen Militärausgaben nicht noch höher steigen als ohnehin geplant.

Als Ursula von der Leyen 2013 das Verteidigungsministerium übernahm, verfügte sie über einen Haushalt von 33,3 Milliarden Euro. In diesem Jahr umfasst ihr Budget 43,2 Milliarden Euro – eine stolze Steigerung. Für 2020 wächst es nochmals um etwa 2 Milliarden an. Mindestens. Zum Vergleich: Für die Entwicklungszusammenarbeit sind in diesem und dem nächsten Jahr nur jeweils 10,2 Milliarden Euro eingeplant. Was für eine falsche Prioritätensetzung!

Von den exorbitanten BeraterInnenhonoraren bis zu den explodierten Kosten für die Renovierung des Segelschulschiffs „Gorch Fock“: Statt eine weitere Erhöhung des Wehr-

etats zu fordern, wäre es weitaus sinnvoller, die Ministerin würde endlich dafür sorgen, dass die Bundeswehr ihre vorhandenen finanziellen Mittel weniger verschwenderisch einsetzt. Dazu zählt, jedes Rüstungsprojekt kritisch auf den Prüfstand zu stellen.

Grundsätzlich gilt: Wenn die Rückbesinnung auf die Landes- und Bündnisverteidigung gleichberechtigt neben unverminderten „Out of area“-Einsätzen außerhalb des Nato-Gebiets stehen soll, wie von Ursula von der Leyen propagiert, dann kostet das viel Geld. Doch statt über eine Ausweitung sollte über eine Einschränkung der Aufgaben nachgedacht werden, etwa über eine Reduzierung der zahlreichen Auslandseinsätze von Afghanistan bis Mali.

Der Bundestag wird an diesem Donnerstag leider mal wieder anders entscheiden. Aber die Bundesrepublik braucht keine teuren Aufrüstungsfantasien, sondern eine aktive Friedenspolitik.



#InternationalerTagGegenRassismus
von Sebastian Schwamm



14

Anzeige



2019: einfach erlesen

www.leipziger-buchmesse.de



Leipzig liest
21.-24. März 2019

Ausgabe Berlin
Nr. 11888
€ 2,30 Ausland
€ 1,80 Deutschland

Die taz wird ermöglicht durch
18.747

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902-430 / -325
anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
kleinanz@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/tazkommune

www.taz.de

VERBOTEN

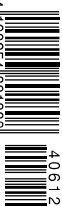
Guten Tag, meine Damen und Herren!

+++ ACHTUNG +++ BREXIT +++ NEUE NICHT-EIL-MELDUNG +++

Wie soeben gemeldet wird, hat die EU die Beratungen über die Prüfung einer möglichen Verschiebung des Brexits verschoben. Es sei denkbar, eine weitere Verschiebung zu verschieben, hieß es. Aber nur falls Großbritannien die zweunddreißigste Vorabstimmung eines Verschiebungsantrags rechtzeitig verschiebt.

Glyphosat wirkt: Bayer-Aktie im Tief
Chemiekonzern nach Urteil in Bedrängnis
9, 12

Atombomben made in Germany?
Von wegen Ausstieg: Wie in Gronau weiter Uran angereichert wird
4-5



4 061 2